

Von der „traditionellen Freundschaft“ zur „notwendigen Nähe“ – Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien (1949–1979)*

Natalia Urigüen López de Sandaliano

Einführung

Die Beziehungen zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland nahmen seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 eine besondere Entwicklung, die durch den internationalen Kontext des Kalten Krieges, insbesondere aber durch den bestehenden strukturellen Unterschied zwischen einer neuen Bundesrepublik, die sich bemühte, Vorbild zu sein, und einer der letzten zentralistischen Diktaturen des Kontinents, die sich gleichzeitig in einer internationalen Isolierung befand, bedingt waren. Es mussten erst einige Jahre vergehen, bis die „traditionelle Freundschaft“, die in den Augen der Alliierten im spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg so großen Schaden ange richtet hatte, wieder hergestellt und gefestigt werden konnte. Obwohl das Verhältnis zwischen beiden Ländern dem Franco-Regime zum Vorteil gereichte, gingen von ihm auch wichtige Impulse für die wesentlichen sozialen und politischen Veränderungen aus, die schließlich aus Spanien in den 1970er Jahren eine Demokratie machten. Aber schon vor dem Tod Francos im November 1975 war die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in den Übergangsprozess Spaniens von grundlegender Bedeutung und manifestierte sich in der Unterstützung und im Dialog, der auf unterschiedlichen Ebenen – von der Regierung bis zu den Parteien und politischen Stiftungen – geführt wurde.

In der vorliegenden Arbeit wird die Entwicklung der bilateralen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien in den drei Jahrzehnten zwischen der Gründung des neuen Staates und dem Inkrafttreten der neuen Verfassung Spaniens nachgezeichnet. Dabei wird nicht versucht, sämtliche bzw. jeden einzelnen der diese Politik charakterisierenden Aspekte zu erfassen, sondern die Herausbildung der Grundzüge zu analysieren, durch die sie sich im Einklang mit der internationalen Entwicklung und der Entwicklung beider Länder artikulierte und nach und nach veränderte.

* Der vorliegende Artikel beruht auf der Master-Abschlussarbeit „Drei ßig Jahre deutsche Außenpolitik gegenüber Spanien, (1949–1979)“, Madrid 2012. Sie ist eine Vorarbeit für ein mit einem Stipendium der Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED) geförderten Promotionsarbeit über die „Rolle der deutschen Christdemokratie in der spanischen transición zur Demokratie“.

Die spanisch-deutschen Beziehungen in den ersten Jahren der Nachkriegszeit

Während der ersten vier Nachkriegsjahre ließen die Alliierten auf dem Besatzungsgebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland keine spanisch-deutschen Beziehungen zu. Das war der Preis, den Spanien dafür bezahlen musste, dass hier eine der Diktaturen auf dem europäischen Kontinent fortbestand und – mehr noch –, dass Franco an seiner Freundschaft zu Hitler praktisch bis zum Kriegsende festgehalten hatte. Während des Krieges war Spanien nichtkriegsführend bzw. neutral geblieben und hatte damit zumeist die Achsenmächte begünstigt. Es hatte Wolfram nach Deutschland geliefert, einen in Kriegszeiten strategisch wichtigen Rohstoff. Es hatte Hitler eine Freiwilligendivision, die „Blaue Division“, zur Verfügung gestellt, die gemeinsam mit der Wehrmacht an der russischen Front gegen den Kommunismus kämpfte. Es hatte deutschen Geheimdiensten erlaubt, sich auf der Halbinsel und im spanischen Protektorat Marokko niederzulassen und es hatte außerdem zahlreiche Deutsche aufgenommen, die sich in Spanien niederließen¹.

Die Resolution 39(I) der Vereinten Nationen (Februar 1946) führte dazu, dass der Westen die diplomatischen Beziehungen zu Spanien einfror. Das ging sogar so weit, dass Frankreich die Pyrenäengrenze schloss. Spanien war so einer internationalen Isolation ausgesetzt, da das Franco-Regime als eine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit angesehen wurde.²

Deutschland wiederum war in vier Zonen aufgeteilt, unterstand dem Alliierten Kontrollrat und verfügte in den ersten Nachkriegsjahren über keine Souveränität und damit auch über keine eigene Außenpolitik. Folglich waren die spanisch-deutschen Beziehungen zwischen 1945 und 1949 in Wirklichkeit Beziehungen zwischen Spanien und den drei Besatzungsländern im westlichen Teil Deutschlands, nämlich den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, für die es in erster Linie darum ging, durch das 1944 gestartete Programm „Safehaven“ jeder möglichen Spur der ehemaligen Nationalsozialisten auf dem Territorium Spaniens nachzugehen. Die Alliierten verfolgten dabei vier Ziele: das Ende der indirekten Unterstützung, die die neutralen Länder Deutschland auch weiterhin durch die Handels- und Finanzbeziehungen gewährten; die Blockierung sämtlicher deutscher Vermögenswerte und Investitionen in diesen Ländern, einschließlich Rohstoffe, Fertigprodukte, Bankeinlagen etc.; die Kapitalflucht und das Verbringen von Gütern durch flüchtige Nationalsozialisten zu verhindern sowie schließlich die Rückgabe von geraub-

1 Carlos Collado: España y los agentes alemanes 1944–1947. Intransigencia y pragmatismo político, in: Espacio, Tiempo y Forma. Serie V: Historia Contemporánea (1992), S. 431–482.

2 Zur Isolierung des Franco-Regimes in den ersten Nachkriegsjahren, vgl. auch Florentino Portero: Franco aislado. La cuestión española (1945–1950). Madrid 1989.

ten Gütern an die rechtmäßigen Eigentümer.³ Parallel dazu begannen die Alliierten die Auflösung des in Spanien geschaffenen deutschen Spionagenetzes und die Ausweisung einer langen Liste deutscher Bürger zu fordern.⁴

Der entscheidende Faktor, der sowohl im Fall Deutschlands als auch Spaniens zu einer Änderung der Situation führte, war der Beginn des Kalten Krieges. Die Eskalation der Rivalitäten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bis 1947 brachte die Westmächte dazu, ihre antifaschistische Ideologie durch einen eisernen Antikommunismus zu ersetzen. Diese erzwungene Veränderung ermöglichte die Wiedereingliederung Spaniens und der Bundesrepublik Deutschland in die neue internationale Ordnung.

Die Wiederherstellung der traditionellen Freundschaft in den 1950er Jahren

Das in der internationalen Arena ausgegrenzte Spanien spielte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren auch auf Grund seiner peripheren Lage auf dem europäischen Kontinent und einer wenig entwickelten Wirtschaft eine zweitrangige Rolle, da es zu keinem der Themen, die die Bundesrepublik Deutschland damals beschäftigten – der Wiederherstellung ihrer Souveränität, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Aufbau der Europäischen Gemeinschaft – einen Beitrag leisten konnte.⁵ Spanien war nur in einer der für die Bundesrepublik Deutschland grundlegenden Fragen betroffen: Die Stärkung der Verteidigung Westeuropas gegen die sowjetische Bedrohung.

Die Bundesrepublik Deutschland wertete die Einhaltung der Hallstein-Doktrin durch die spanische Regierung sowie ihre konsequente Unterstützung der Bonner Haltung zur „deutschen Frage“ in den internationalen Kreisen und besonders in der Organisation der Vereinten Nationen, zu denen die Bundesrepublik Deutschland nicht gehörte, als sehr positiv. All dies trug zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit 1949 bei.

Drei Grundgedanken bildeten den Ausgangspunkt der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik gegenüber dem Franco-Regime und bestimmten sie bis zu dessen Verschwinden: Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten

3 Zum Programm Safehaven siehe auch Carlos Collado: Angst vor dem „Vierten Reich“. Die Alliierten und die Ausschaltung des deutschen Einflusses in Spanien, 1944–1958. Paderborn 2001; Carlos Collado: España refugio nazi. Madrid 2005.

4 Collado: España y los agentes alemanes, S. 432.

5 Zu den durch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 verfolgten Grundpfeilern und Zielen, vgl. auch: Wolfram F. Hanrieder: Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy. Yale 1989; Ulrich Lappenküper: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008; Frank R. Pfetsch: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Adenauer bis zu Merkel. Schwalbach 2011; Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1999.

des Landes trotz des undemokratischen Charakters des Franco-Regimes; die Notwendigkeit, alte Ressentiments aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit zu vergessen, sowie die Unterstützung der Integration Spaniens in die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Durch diesen letzten Gedanken versuchte die Bundesregierung, das Wachstum der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zu begünstigen, die soziale und politische Stabilität in Spanien zu fördern sowie die Entwicklung und Liberalisierung voranzubringen.⁶

Der diktatorische Charakter des Franquismus und seine früheren Verbindungen zum Nationalsozialismus spielten keine wichtige Rolle für die bilateralen Beziehungen der Regierungen von Konrad Adenauer, da Bonn anderen gemeinsamen Werten, wie dem Antikommunismus und dem demokratischen Katholizismus, eine größere Bedeutung beimaß. Aufgrund des begrenzten äußeren Handlungsspielraums, der Festlegung ihrer Prioritäten und der politischen Vorsicht, zeigte die deutsche Regierung keine übermäßige Eile bei der Wiederaufnahme ihrer direkten Beziehungen zum Franco-Regime. Während Spanien bereits seit dem Frühjahr 1951 eine Botschaft in Bonn unterhielt, wurde die erste Botschaft der Bundesrepublik in Madrid erst 1952 eingerichtet, der in den nächsten Jahren eine Reihe von Konsulaten in verschiedenen spanischen Städten folgten. Für Deutschland bestand das größte Problem darin, für seine Diplomaten in Spanien ein geeignetes Profil zu finden, weil die Bundesregierung jede mögliche frühere Verbindung ihrer Kandidaten mit dem Nationalsozialismus vermeiden wollte.⁷

Während der ersten Jahre des Bestehens der Bundesrepublik galten die Ziele der Außenpolitik Adenauers gegenüber Spanien der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, der Verteidigung der deutschen Wirtschaftsinteressen im spanischen Hoheitsgebiet sowie der konsularischen Unterstützung für die Tausenden von deutschen Bürgern mit Wohnsitz in Spanien. Zu diesen drei Zielen muss ein viertes hinzugefügt werden, das für Bonn von großer Bedeu-

6 Zu den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern während der Regierungen von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, siehe auch: Birgit Aschmann: „Treue Freunde...“? Westdeutschland und Spanien 1945–1963. Stuttgart 1999; Walter Lehmann: Die Bundesrepublik und Franco-Spanien in den 50er Jahren. München 2006; Gerlinde Freia Niehus: Außenpolitik im Wandel. Die Außenpolitik Spaniens von der Diktatur Francos zur parlamentarischen Demokratie. Frankfurt/Main 1989; Carlos Sanz: España y la República Federal de Alemania (1949–1966): Política, Economía y Emigración entre la Guerra Fría y la distensión. Unveröffentlichte Doktorarbeit, Universidad Complutense de Madrid 2005; Petra Maria Weber: Spanische Deutschlandpolitik 1945–1958. Entsorgung der Vergangenheit? Frankfurt/Main 1992.

7 Das Petersberger Abkommen, das es der Bundesrepublik Deutschland erlaubte, diplomatische und Handelsbeziehungen zu den westlichen Ländern aufzunehmen, war drei Jahre zuvor unterzeichnet worden, allerdings befand sich Spanien nicht auf der von den Alliierten aufgestellten Prioritätenliste. Zur Errichtung der ersten Botschaften in den jeweiligen Ländern, vgl. auch Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 201–223.

tung war: Die Rückgabe des aus dem Dritten Reich stammenden deutschen Eigentums, das sich das Franco-Regime seit 1945 unter dem Mantel des Safehaven-Programms der Alliierten nach und nach angeeignet hatte. Das mitten in einem Prozess des moralischen, politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus befindliche Westdeutschland unternahm unter der Aufsicht der Alliierten die ersten Schritte zur Wiederherstellung „neuer“, von der Last der Vergangenheit befreiten Beziehungen.

Mit dem Hauptziel der Stärkung des westlichen Blocks, beschloss die bundesdeutsche Regierung Spanien bei den Bemühungen, die internationale Isolation zu überwinden, zu unterstützen. Bonn schätzte dabei sowohl den Antikommunismus Spaniens und den Nutzen, den man daraus ziehen konnte, als auch dessen strategische Lage. Die deutsche Regierung verfolgte genau die Entwicklung des 1953 zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten unterzeichneten Verteidigungsabkommens, das die Errichtung amerikanischer Stützpunkte auf spanischem Boden erlaubte. Es war ebenfalls die Sicht Deutschlands auf die geostrategischen Aspekte Spaniens, die Deutschland seit seinem eigenen Beitritt zur NATO im Jahr 1955 veranlassten, in dieser oder jener Form die Aufnahme Spaniens zu unterstützen. Während der Zeit, als Konrad Adenauer an der Spitze des Bundeskanzleramtes stand (1949–1963), war eine zu explizite Unterstützung des Franco-Regimes, vor allem, wenn sie von der deutschen Bundesregierung kam, immer noch ein umstrittenes Thema. Innenpolitisch wandten sich die deutschen Sozialdemokraten gegen den Eintritt Spaniens in die NATO. Auf internationaler Ebene stieß ein Versuch einer bilateralen militärischen Zusammenarbeit außerhalb des Atlantischen Bündnisses und der Westeuropäischen Union auf den frontal Widerstand der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und anderer westlicher Länder, wie man an dem gescheiterten Versuch, 1960 deutsche Militärstützpunkte in Spanien zu errichten, sehen konnte. Ziel dieses Projektes war, eine Lösung für das Versorgungsproblem (im Fall eines sowjetischen Angriffs war die Bundesrepublik auf Lieferungen aus den Vereinigten Staaten angewiesen) und die fehlende territoriale Tiefe in Westeuropa zu finden. Letzterer Umstand betraf nicht nur das deutsche Territorium, sondern die gesamte NATO. Die Bundesregierung hat zu jeder Zeit die Regierungen der Hauptländer des Atlantischen Bündnisses über das Vorhaben informiert. Allerdings hatte sich die Presse dieser Angelegenheit angenommen und daraus einen Skandal gemacht, obwohl sie in Wirklichkeit noch gar nicht richtig zwischen den Regierungen in Bonn und Madrid behandelt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland hat schließlich ihr Anliegen ohne den Beistand aus Spanien gelöst und in Beja (Portugal) einen Luftwaffenstützpunkt errichtet.⁸

⁸ Zu den Versuchen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und dem gescheiterten Versuch, Militärdépôts in Spanien anzulegen, siehe auch: Carlos Collado:

Die Wirtschaft war ein weiterer Aspekt, bei dem die Bundesrepublik für Spanien wichtig war, obwohl die Beziehungen hier zunächst von Unsicherheit geprägt wurden. Zu Beginn waren es die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich, die im Alliierten Kontrollrat durch eine Ende 1948 zwischen Madrid und der Trizone unterzeichnete Vereinbarung die Wiederaufnahme des Handelsaustausches mit Spanien ermöglichten. Allerdings war die Ausgangslage in beiden Ländern vollkommen gegensätzlich: Spanien hatte sich für eine Autarkiepolitik entschieden, die zu einer verzögerten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den 1950er Jahren führte, und die Bundesrepublik war im internationalen Kapitalismus integriert und hatte seit 1948 einen spektakulären Wiederaufbau eingeleitet, an dessen Beginn die Unterstützung im Rahmen des Marshallplans stand, von der Spanien ausgeschlossen worden war. Westdeutschland verfolgte weiter den Weg des Multilateralismus, während Spanien keine andere Wahl hatte, als den bilateralen Ansatz in seinen außenwirtschaftlichen Beziehungen fortzusetzen. Nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge änderte die spanische Regierung die Taktik, aber bis dahin war ein Jahrzehnt der Stagnation vergangen. Spanien hatte in der Bundesrepublik einen Lieferanten von Produkten und Maschinen, die für die Industrialisierung des Landes absolut notwendig waren, während Westdeutschland in Spanien ein Anbieter von Grundnahrungsmitteln und der für den Wiederaufbau notwendigen Rohstoffen sah. Die Bundesrepublik hatte schon ca. 1952 ihren Platz auf dem spanischen Markt von der Konkurrenz aus Frankreich, Großbritannien und den USA zurückerobert.⁹

Wenn auch zunächst die bundesdeutsche Regierung einen Aufschwung des Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern erreichte, entstanden bald darauf Hindernisse, die sich aus der geringen Öffnung der spanischen Wirtschaft und der fehlenden Zugehörigkeit zu einer multilateralen Organisation ergaben. Die Realität sah so aus, dass Spanien die vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht erfüllte. Hinzu kamen Liquiditätsprobleme der spanischen Wirtschaft. Die deutsche Regierung hatte keine andere Wahl, als Zugeständnisse zu machen, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nicht zu belasten. Mitte der 1950er Jahre richtete die Bundesrepublik ihre Wirtschaftspolitik gegenüber Spanien neu aus und verfolgte dabei das Ziel, die spanische Regierung innerhalb kurzer Zeit in die Lage zu versetzen, die Bedingungen in Bezug auf Mengen, Termine, Lizenzen etc. einzuhalten und die Zunahme spa-

Planes militares de Adenauer en España, in: *Espacio Tiempo y Forma. Serie V: Historia Contemporánea* n. 4, 1991; Carlos Collado: *El proyecto de las bases militares alemanas en España*, in: Walter Bernecker (Ed.): *España y Alemania en la Edad Contemporánea*. Frankfurt/Main 1992; Carlos Collado: *Die deutsch-spanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit: Das Projekt deutscher Militärstützpunkte in Spanien 1960*. Saarbrücken 1991.

9 Zu den ausländischen Investitionen in Spanien, vgl. auch Carlos Barciela u. a.: *La España de Franco (1939–1975)*. Madrid 2001.

nischer Exporte nach Westdeutschland zu fördern. Die Bundesrepublik beschloss, mittelfristig den Eintritt Spaniens in die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und die Europäische Zahlungsunion (EZU) zu unterstützen. Im Wesentlichen hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, die Öffnung und Liberalisierung der spanischen Wirtschaft zu fördern, was auch den Interessen der deutschen Exporteure zu Gute kam.¹⁰

1958 wurde das zwischen der Bundesrepublik und Spanien bestehende Problem im Zusammenhang mit dem auf dem Gebiet Spaniens 1945 sequestrierten Eigentums durch die Unterzeichnung zweier Abkommen gelöst: der *Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial entre España y la República Federal de Alemania* und der *Convenio para la rehabilitación de derechos de propiedad industrial entre España y la República Federal de Alemania*.¹¹

Das Ergebnis wurde von der Bundesregierung als sehr positiv bewertet und mehr als eine moralische Wiedergutmachung denn als ein bedeutender wirtschaftlicher Gewinn betrachtet. Die Regelung des Streitverfahrens führte neben dem Amtsantritt von technokratisch geprägten Ministern in der spanischen Regierung und der Umsetzung des *Plan Nacional de Estabilización Económica* von 1959 zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen seit den späten 1950er Jahren. Die Änderungen zu mehr Offenheit durch das Franco-Regime erfolgten auf Grundlage der Römischen Verträge und aus Angst vor einer größeren Isolierung Spaniens im europäischen Wirtschaftsraum. Im Ergebnis wurde Spanien zu den internationalen Wirtschaftsorganisationen zugelassen; auch kam es in den 1960er Jahren zu einer größeren wirtschaftlichen Liberalisierung.¹²

Die Vertiefung der bilateralen Beziehungen in den 1960er Jahren

In den 1960er Jahren war die Bundesrepublik Deutschland eine bedeutende Wirtschaftsmacht des Westens und in den meisten internationalen technischen

10 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*. S. 271, 275; Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 286–311; Birgit Aschmann: *The Reliable Ally: Germany Supports Spain's European Integration Efforts, 1957–1967*, in: *Journal of European Integration History* 7 (2007) 1 S. 37–51.

11 *Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial entre España y la República Federal de Alemania* sowie *Convenio para la rehabilitación de derechos de propiedad industrial entre España y la República Federal de Alemania*, unterzeichnet am 8. April 1958 in Madrid. Herausgegeben vom Ministerio de Asuntos Exteriores. Madrid 1959 (Vertragsregister Nr. 119). Deutscher Text in: *Bundesgesetzblatt II*, 3. April 1959 (http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27%2F%5B%40attr_id%3D%27%5D&wc=1&skin=WC#__Bundesanzeiger_BGBI__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27%5D__1370353405394, Abruf: 10. Juni 2013).

12 Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 258f.

Organisationen vertreten. Darüber hinaus war sie zu einem bedeutenden Machtfaktor in der antikommunistisch ausgerichteten westlichen Staatenwelt geworden. Die Sorge, dass die Vereinigten Staaten der Politik Bonns in Bezug auf die „deutsche Frage“ nicht mehr beistehen würden, und die unveränderte Unterstützung der Hallstein-Doktrin durch die spanische Regierung führten in diesem Jahrzehnt zu einem größeren Einsatz der Bundesrepublik für die Einbeziehung Spaniens in den westlichen Block. Die Regierung von Ludwig Erhard hielt an der politischen Kontinuität der Beziehungen zum Franco-Regime fest und unterstützte die Annäherung Spaniens an Europa, die Entwicklung seiner Wirtschaft und die Verbesserung seiner Position in der internationalen Arena. Erhard zeigte während seiner Amtszeit (1963–1966) kein besonderes Interesse an Spanien, jedoch schloss seine Vision eines in größeren als den damals bestehenden Strukturen der wirtschaftlichen Integration vereinten „Europas der freien und gleichen Länder“ auch die Diktaturen auf der iberischen Halbinsel ein, was im Wesentlichen auf der Übereinstimmung mit seiner Sichtweise auf die Wirtschaft und den Freihandel beruhte. Im Unterschied zu Adenauer spielten Spanien und Portugal bei den Sicherheitsüberlegungen dieses Bundeskanzlers eine weniger wichtige Rolle.¹³ Es gab auch keine Veränderungen in der Handlungslinie gegenüber Spanien während der Regierung der Großen Koalition (1966–1969). Ende der 1960er Jahre waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern von der übereinstimmenden Ablehnung des Kommunismus und der fortgesetzten Unterstützung für die Einbindung Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gekennzeichnet. Die Machtübernahme durch die deutschen Sozialdemokraten bedeutete daher keine wesentliche Änderung in der Bonner Strategie gegenüber Madrid. Kiesinger war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der Ende Oktober 1968 eine offizielle Reise nach Spanien unternahm, und tatsächlich war er der einzige Regierungschef der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Spanien während der gesamten Franco-Zeit einen offiziellen Besuch abstattete.¹⁴

In wirtschaftlicher Hinsicht legte die mit deutscher Unterstützung erfolgte Aufgabe der Autarkie die Grundlage zum Beginn der Integration Spaniens in die internationalen wirtschaftlichen Institutionen und die Eröffnung des Weges zum Multilateralismus. Während der 1960er Jahre und bis 1973 erlebte Spanien vor allem durch den Tourismus, den starken Anstieg der Exporte und ausländischer Investitionen sowie durch eine positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des öffentlichen und privaten Konsums seine „goldenen Wirtschaftsjahre“. Hinzu kam die Aufnahme des Arbeitskräfteüberschusses

13 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 390–392.

14 Kiesinger *llega mañana*. Primera visita a España de un canciller de la República Federal alemana; in: *ABC*, 27. Oktober 1968; Antonio Muñoz: *El amigo alemán*. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia. Barcelona 2012, S. 21–32.

durch den europäischen Markt, wobei hier Westdeutschland ebenfalls eine große Rolle zukam.¹⁵ 1960 unterzeichneten Bonn und Madrid ein Einwanderungsabkommen, das es bis 1975 etwa 770.000 Arbeitnehmern und deren Familien ermöglichte, das Land offiziell zu verlassen und in der Bundesrepublik zu arbeiten.¹⁶

Wegen des Ansehens, das deutsche Produkte in Spanien besaßen, versprach sich Bonn Vorteile aus dieser Multilateralisierung. Während dieser gesamten Zeit intensivierten sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Es wurden verschiedene Abkommen unterzeichnet, die den bilateralen Handel und deutsche Investitionen in der spanischen Industrie erleichterten. In jenen Jahren war die Bundesrepublik der zweitgrößte Käufer spanischer Exporte, wobei allerdings die Bedeutung Spaniens als Handelspartner vom Gesamtvolumen her gering war. Jedoch hat sich der Einsatz für die Multilateralisierung der spanischen Wirtschaft gelohnt, denn der Handelsaustausch nahm zu und Spanien erlebte einen Wirtschaftsboom, der das Land radikal veränderte und die Grundlagen der modernen Gesellschaft und demokratischen Zukunft schuf.¹⁷

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu Spanien

Nach der Analyse der Beziehungen der CDU-geführten Regierungen zu Spanien in den 1950er und 1960er Jahren muss auch eine Betrachtung der Entwicklung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Franco-Regime in diesen Jahren vorgenommen werden. In den 1950er Jahren bezog die SPD eine Position der offenen und aktiven Feindseligkeit zum Spanien Francos. Sie war nicht bereit, die Hilfe zu vergessen, die Hitler während des Bürgerkrieges Franco geleistet hatte. Einige Mitglieder und sogar herausragende Führungspersonlichkeiten (angefangen bei Willy Brandt persönlich) waren während des Bürgerkrieges in Spanien gewesen und bezogen sehr kritische Positionen gegenüber dem Franco-Regime und seinen Vertretern. Während der Ära Adenauer wurde die CDU im Bundestag kontinuierlich von der SPD wegen ihrer Unterstützung für das Franco-Regime kritisiert, obwohl dies keine Auswirkungen

15 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens in den 1970er Jahren, vgl. auch Albert Carreras und Xavier Tafunell: *Historia económica de la España contemporánea*. Barcelona 2004; Alfonso J. Gil: *Causas del desarrollo económico. España en Europa 1900–2000*. Madrid 2001; Francisco Simón: *Manual de Historia económica mundial y de España*. Madrid 1991, S. 652f.

16 Antonio Muñoz: *Una introducción a la historia de la emigración española en la República Federal de Alemania (1960–1980)*, in: *Iberoamericana: América Latina – España – Portugal* 46 (Juni 2012), S. 23–41; Carlos Sanz: „Illegale“, „Halblegale“, „Gastarbeiter“. Die irreguläre Migration aus Spanien in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der deutsch-spanischen Beziehungen 1960–1973. Berlin 2010.

17 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 748.

auf die deutsche Gesellschaft hatte. Die SPD prangerte die Verantwortung Deutschlands für die Zerstörung der Demokratie in der spanischen Republik an und unterstützte die Isolierung des Regimes in den europäischen Organisationen, um so den Zusammenbruch des Franco-Systems und die Rückkehr des Landes zur Demokratie zu erreichen.¹⁸

Mitte der 1960er Jahre änderte die SPD ihre Einstellung zum Spanien Francos. Nachdem die Sozialdemokraten als Ergebnis des außerordentlichen Parteitagess von Bad Godesberg im Jahr 1959 den Wandel zu einer Volkspartei beschlossen hatten, kam es zu einer Änderung ihrer außenpolitischen Grundsätze, die mit der Übernahme der Parteiführung durch Willy Brandt 1964 noch verstärkt wurde und auf eine konstruktive Positionierung in Übereinstimmung mit der Entspannungspolitik abzielte, die die Partei damals gegenüber den kommunistischen Diktaturen verteidigte. Dies hatte auf mittlere Sicht Auswirkungen auf die Beziehungen der Bundesrepublik zu Spanien.

Nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“, das die SPD für die Ost- und die Westpolitik geltend machte, änderten die deutschen Sozialdemokraten nach und nach ihre radikale Opposition gegenüber der Diktatur Francos und begannen – wie das auch die CDU seit langem tat – die Entwicklung des Franquismus zur Demokratie und die Annäherung Spaniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu unterstützen. Mitte der 1960er Jahre akzeptierte die SPD die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zum Franco-Regime. Dabei wollte Bonn allerdings keine anders gearteten Bündnisse eingehen, die als Freundschaft zu einer Regierung interpretiert werden könnten, die auch weiterhin ihrem Volk demokratische Freiheiten verwehrte.¹⁹ Die SPD änderte ihre Vorgehensweise gegenüber Spanien und ging dabei von dem Gedanken aus, dass die vom europäischen Sozialismus verteidigte Isolierung des Regimes letztendlich die Extremisten auf der rechten und linken Seite begünstigen würde. Die deutschen Sozialdemokraten traten für eine Änderung der Vorgehensweise ein, um das Entstehen einer gemäßigten Linken in Spanien zu unterstützen. Mit diesem Vorgehen wurde die SPD, die konsequent an ihrer Strategie der europäischen Entspannung festhielt, zu der sozialdemokratischen Partei Europas, die die Franco-Diktatur am wenigsten bekämpfte. Hier gab es eine Übereinstimmung mit der von den Regierungen der CDU gegenüber Spanien verfolgten Politik, obwohl dabei ein neues Element eingeführt wurde: Die Förderung der demokratischen Hinwendung zu Europa, wobei hier darauf vertraut wurde, dass die Aussicht auf einen Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft zu einer Stärkung der europäisch orientierten und für eine Öffnung eintretenden Kräfte des Regimes führen und so den Weg zur Demokratie für die Zeit nach dem Ableben Francos ebnen

18 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 19–21.

19 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 485.

würde.²⁰ Auch in Spanien hatte es gewisse Anzeichen einer Öffnung gegeben, wie die Verabschiedung des Staatsorgangesetzes (*Ley Orgánica del Estado*) im Jahr 1967, die innerhalb der franquistischen Partei zu einer Änderung der Herangehensweise führten.²¹

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie – zu der die SPD, die Friedrich-Ebert-Stiftung und gewerkschaftliche Vertreter gerechnet wurden – gab es eine Vielzahl von Meinungen zu der von der SPD-Führung eingeschlagenen pragmatischen und moderaten Linie. Besonders Ende der 1960er Jahre war die Parteiführung wegen ihrer fehlenden Kampfbereitschaft gegen den Franquismus zunehmend der Kritik der Jusos und der IG Metall ausgesetzt.²² Jedoch setzte sich immer die von Willy Brandt und der SPD-Führung vorgegebene gemäßigte Linie durch, die im Einklang mit der durch seine Ostpolitik verteidigten Entspannung stand. Deshalb gab es während der Regierung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD keinen tiefer gehenden Konflikt in Bezug auf die Art und Weise des Umgangs mit dem Franco-Regime.

Die Grundzüge der deutschen Hilfe für Spanien in den 1970er Jahren

Die Bildung der sozialliberalen Koalition in Deutschland im Jahr 1969 fiel mit einer tiefgreifenden Veränderung innerhalb der spanischen Regierung zusammen. Wenn Franco bisher auf eine ausgewogene Machtverteilung zwischen den in der Regierung vertretenen Gruppierungen geachtet hatte, das heißt, hauptsächlich zwischen den Anhängern der Falange und des Opus Dei, gab es jetzt im neuen Kabinett ein deutliches Übergewicht technokratischer und mit dem Opus Dei verbundener Minister. Sie waren in den 1960er Jahren die Verantwortlichen für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik gewesen, trugen jetzt dazu bei, dass die Erinnerungen an die Falange verblassten.²³

Das Ziel dieser neuen Regierung bestand darin, die Zukunft des Landes ohne Franco vorzubereiten. Dazu wurde das Amt des Vizepräsidenten, das der Vizeadmiral Luis Carrero Blanco seit 1967 innehatte, in eine de facto Präsidentschaft umgewandelt. Gleichzeitig ernannte Franco Juan Carlos de Bor-

20 Antonio Muñoz: Europeizar es democratizar. El SPD y la España del tardofranquismo, in: *Historia del Presente* 17 (2011) 1 S. 97.

21 *Ley Orgánica del Estado* núm.1/1967, vom 10. Januar, in: *Boletín Oficial del Estado* (BOE) Nr. 9, 11. Januar 1967.

22 Werner Abelshauer: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn 2009, S. 216–240.

23 José María Marín/Pere Ysàs/Carmen Molinero: *Historia política (1939–2000)*. Madrid 2001, S. 187–190; Paul Preston: *Franco, caudillo de España*. Barcelona 2005, S. 803–807; Javier Tusell: *Dictadura franquista y democracia (1939–2004)*. Barcelona 2005, S. 224–228, 236f.

bón²⁴ zum Nachfolger auf dem Königsthron. Von nun an setzten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die europäischen Großmächte alle ihre Hoffnungen auf schrittweise demokratische Reformen in den jungen Prinzen.²⁵

Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel hielten an der von der SPD seit Mitte der 1960er Jahre verfolgten Strategie fest. Ebenso wie die christdemokratischen Regierungen setzten sie die „traditionelle Freundschaft“ fort, indem sie die Entwicklungen in Spanien wohlwollend begleiteten. Spanien unterstützte in den frühen 1970er Jahren die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern des Ostens, arbeitete an der Vorbereitung der Helsinki-Konferenz mit und trug zur Stabilisierung der Mittelmeerregion bei. Kurz gesagt, die spanische Regierung unterstützte die Entspannung. Das spanische Drängen auf eine Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde ebenso wie die sich seit Jahren in Spanien vollziehende wirtschaftliche Entwicklung seitens der deutschen Regierung positiv aufgenommen, die die neuen Minister als gemäßigte und proeuropäischen Technokraten ansah, die nach dem Tod Francos die *transición* zur Demokratie anführen konnten.²⁶

In der deutschen Linken gab es Kräfte (die Gewerkschaften und die Jugendorganisation der SPD), die sich insbesondere in den Zeiten der stärksten Unterdrückung durch das spanische Regime gegen dieses Vorgehen ihrer Regierung

-
- 24 Don Juan Carlos de Borbón (geb. 1938) ist der Enkel von Alfonso XIII. (1886–1941), der Spanien nach der Ausrufung der II. Republik im April 1931 verlassen musste. Sein Vater, Don Juan de Borbón (1913–1993) lebte während der gesamten Franco-Diktatur im Exil und konnte nie regieren, weil Franco im Jahr 1969 Juan Carlos zum Nachfolger auf dem Königsthron ernannt hatte. Don Juan hatte diese Rolle seines Sohnes nach dem Tod des Diktators akzeptiert.
- 25 Zur Rolle des Königs beim demokratischen Wandel, siehe auch Charles Powell: *El piloto del cambio. El rey, la monarquía y la transición a la democracia*. Barcelona 1991; Charles Powell: *Juan Carlos. Un rey para la democracia*. Barcelona 1995; Ders.: *Juan Carlos of Spain. Self-made monarch*. London 1996; Ders.: *El amigo Americano. España y Estados Unidos: de la dictadura a la democracia*. Barcelona 2011; Paul Preston: *Juan Carlos: El rey de un pueblo*. Barcelona 2003.
- 26 Der Begriff „transición“ (Übergang) bzw. „transición democrática“ (Übergang zur Demokratie) wird zur Bezeichnung einer historischen Periode verwendet, in der das diktatorische Regime Francos nicht mehr herrschte und für Spanien eine demokratische Verfassung galt. Unter den Historikern gibt es viele unterschiedliche Meinungen darüber, von wann bis wann diese Periode dauerte, wobei generell das Todesdatum Francos (20. November 1975) als Beginn dieser Periode akzeptiert wird. Eine größere Debatte besteht hinsichtlich des Endes, wobei die Historiker hier verschiedene Termine akzeptieren: Das Datum der ersten demokratischen Wahlen am 15. Juni 1977; der Tag der Verfassungsannahme am 8. Dezember 1978; die Abhaltung der ersten Wahlen auf der Grundlage des ersten Grundgesetzes im März 1979; das Datum des gescheiterten Putschversuchs im Februar 1981; die Wahlen im Jahr 1982, die mit dem Sieg des Partido Socialista Obrero Español (Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei) endeten bzw. sogar der Beitritt Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1986. Vgl. hierzu auch Charles Powell: *España en democracia, 1975–2000*. Barcelona 2001, S. 127–144.

aussprachen. Aus diesem Grund bezog Willy Brandt gegenüber dem Franco-Regime einerseits eine zurückhaltendere Position, während er gleichzeitig den Dialog mit den Gegnern Francos und den möglichen zukünftigen Führern des Landes förderte. Es gab Momente von Spannungen zwischen den beiden Regierungen, die durch Bonn geschickt gelöst wurden, indem man entweder die Zahl der politischen Besuche in Spanien erhöhte oder in Zeiten größerer Spannungen die Begegnungen zwischen offiziellen Vertretern Deutschlands mit der Opposition verringerte.²⁷

Willy Brandt besuchte Spanien während seiner Zeit im Bundeskanzleramt nicht, um nicht den Eindruck einer Unterstützung der Diktatur zu erwecken. Dagegen unternahm Walter Scheel im April 1970 anlässlich der Gewährung eines deutschen Kredits an Spanien einen Besuch und unterstützte damit die Position, einen „Wandel durch Annäherung“ zu fördern.²⁸ Der deutsche Minister nutzte diesen Besuch, um sich im Haus des deutschen Botschafters mit prominenten Mitgliedern der offiziell von der Regierung anerkannten Opposition zu treffen. Dazu gehörten: der Christdemokrat Joaquín Ruiz Jiménez²⁹; Enrique Tierno Galván³⁰, der Führer der Partido Socialista del Interior (Inneren Sozial-Demokratischen Partei); José María de Areilza³¹ und Joaquín Strústegui³² als Führer der demokratischen Monarchisten. Scheel konnte sich so ein Bild von der Schwäche der demokratischen Opposition machen. Er war der erste europäische Politiker, der Gespräche mit Mitgliedern der Opposition gegen das Franco-Regime führte.³³ Diese ungewöhnliche Handlung war tatsächlich sowohl gegenüber dem Regime als auch der Opposition ein taktisches Si-

27 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 64–70.

28 Zu der Reise Scheels im April 1970 nach Spanien: *Alemania otorgará a España un crédito de doscientos millones de marcos para las obras del trasvase Tajo-Segura*, in: ABC, 24. April 1970.

29 Joaquín Ruiz Giménez (1913–2009), Rechtsanwalt und spanischer Politiker, war Botschafter Spaniens beim Heiligen Stuhl (1948–1951), Minister für nationale Bildung (1951) und ab 1968 Vorsitzender der christdemokratischen Oppositionsgruppe Izquierda Democrática (Demokratische Linke).

30 Enrique Tierno Galván (1918–1986), Rechtsanwalt und spanischer Politiker, Vorsitzender der Oppositionsgruppe Partido Socialista del Interior (Innere Sozialistische Partei), die zu Beginn der 1970er Jahre von der SPD durch die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wurde.

31 José María de Areilza (1909–1998) Graf von Motrico, Botschafter in der Argentinischen Republik (1947–1950), den Vereinigten Staaten (1954–1960) und Frankreich (1960–1964). Gab 1964 den Posten in der Botschaft in Paris auf Grund von Differenzen mit dem Franco-Regime auf und schloss sich als Mitglied des privaten Rates von Don Juan de Borbón der monarchistischen Opposition an. Er war in der ersten Regierung der Monarchie Minister für Auswärtige Angelegenheiten (Dezember 1975–Juli 1976).

32 Joaquín Strústegui (1909–1992), Rechtsanwalt und liberaler spanischer Politiker, Gegner des Franquismus und Anhänger der Wiederherstellung der Monarchie in der Person von Don Juan de Borbón sowie der Errichtung eines demokratischen Staates.

33 Scheel traf spanische Oppositionelle, in: *Die Zeit*, 1. Mai 1970.

gnal, das bei der spanischen Regierung für Unbehagen sorgte, bedeutete es doch, dass Europa die durch das Franco-Regime geleugnete Opposition anerkannte.³⁴

Eine andere Form der Unterstützung der sich in Spanien abzeichnenden Veränderungen war die aus Bonn an Don Juan Carlos ergangene offizielle Einladung, die Bundesrepublik vom 25. bis 29. September 1972 zu besuchen. Der Prinz wurde von Bundeskanzler Willy Brandt, Bundespräsident Gustav Heinemann und Außenminister Walter Scheel empfangen.³⁵ Mit der Einladung des Prinzen zeigte die Bundesrepublik Juan Carlos gegenüber ein Vertrauen, das er bisher von keinem anderen europäischen Land erhalten hatte, denn er war ziemlich isoliert und wurde sowohl von der Opposition als auch von der Öffentlichkeit als eine „Marionette“ Francos angesehen. Durch diese Reise lernte Bonn aus erster Hand die demokratischen Absichten von Juan Carlos kennen und beschloss, den Prinzen zu unterstützen, der wiederum seit jener Zeit Deutschland ebenfalls als ein befreundetes Land ansah. Das alles sollte noch sehr wichtige Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen ab 1975 haben.

Für die Bonner Außenpolitik gab es seit Mitte der 1970er Jahre als eine innovative Handlungslinie ihre Einbeziehung in das Ende der Diktaturen in Südeuropa. Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und als Folge der weltweiten Ölkrise von 1973 entstand auf dem ganzen Kontinent ein Klima der Instabilität, das sich insbesondere auf die Länder im Süden auswirkte und das Ende der wirtschaftlichen Prosperität der letzten 25 Jahre bedeutete. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die europäischen Großmächte hatten bisher auf die durch das westliche Wirtschaftssystem garantierte politische Stabilität vertraut. Nachdem diese zusammengebrochen war, entwickelte sich der Mittelmeerraum zu einem neuen Sorgenkind. Es herrschte Angst vor einer möglichen Ausweitung des Eurokommunismus in Europa, insbesondere in den Ländern, die durch das Ende ihrer Diktaturen instabil geworden waren: Griechenland, Portugal bzw. Spanien.³⁶ Für die Bundesrepublik bestand die Gefahr darin, dass der Eurokommunismus hinter dem Erscheinungsbild einer gemäßigten Organisation mit demokratischen Prinzipien und der Ablehnung des kommunistischen Modells der Sowjetunion danach strebte, zur Überwindung der politischen und ökonomischen Krisen in Ländern wie Frankreich und Italien beizutragen. Aber Bonn sah hinter dieser Fas-

34 Marianne Kneuer: *Demokratisierung durch die EU. Süd und Ostmitteleuropa im Vergleich*. Wiesbaden 2007, S. 179; Pilar Ortuño: *Los socialistas europeos y la transición española*. Madrid 2005, S. 193.

35 *Los príncipes han sido acogidos con medido protocolo y extrema cordialidad*, in: ABC, 27. September 1972.

36 *Zur Krise Mitte der 1970er Jahre im Süden Europas*, vgl. auch Beate Kohler: *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*. Bonn 1981.

sade den Zusammenhang mit Moskau. Die Anfälligkeit der jungen Demokratien könnte sich zu einem perfekten Nährboden für die Ausweitung des Eurokommunismus entwickeln. Aus diesem Grund versuchten sowohl die Bonner Regierung wie auch die deutschen Parteien und politische Stiftungen seit 1974, dem kommunistischen Einfluss entgegenzuwirken, und unterstützten in den Ländern des Übergangs zur Demokratie die Bildung gemäßigter, demokratischer Parteien sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums.³⁷

Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher setzten den von Brandt eingeschlagenen Weg der Unterstützung der *transiciones* auf der iberischen Halbinsel und des Engagements der deutschen Regierung für die erfolgreiche Einführung der Demokratie fort. Das Bundeskanzleramt unterstützte weiterhin die Verhandlungen Spaniens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ignorierte die Stimmen derer, die solange gegen die Unterzeichnung von Handelsabkommen waren, wie der Übergang zur Demokratie noch nicht eingeleitet war. Schmidt nutzte das Vertrauen der Madrider Regierung in Bonn und förderte Kontakte zwischen den für Veränderungen eintretenden Kräften des Regimes und der demokratischen Opposition. Bisher hatte sich keine andere europäische Regierung darum gekümmert.³⁸ Schmidt hielt auch auf internationaler Ebene an seiner gegenüber Spanien verfolgten Linie fest. Bei seinen verschiedenen Treffen mit europäischen und nordamerikanischen Führern setzte sich der Bundeskanzler stets für eine Annäherung an die neuen aufstrebenden Kräfte und nicht so sehr an das Regime ein, um so einen demokratischen Ausweg zu sichern.³⁹ Die deutsche Regierung musste während der Eskalation der

37 Zur Vorgehensweise der Bundesrepublik in Portugal und Spanien während der Demokratisierungsprozesse, vgl. auch Wolfram Kaiser/Christian Salm: Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 259–282; Ana Monica Fonseca: A Social-democracia alemã e a trasição para a Democracia em Portugal (1974–1976). Unveröffentlichte Arbeit, Instituto Universitario de Lisboa 2011; Muñoz: El amigo alemán; Matthias Stenger: Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992) (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 60). Düsseldorf 2011.

38 Ein Beispiel dafür ist das Scheitern des Gesetzes über Asociaciones Políticas von Dezember 1974. Helmut Schmidt versuchte den Präsidenten der Regierung, Arias Navarro, während ihrer Begegnung auf dem Helsinki-Gipfel von der Notwendigkeit eines Dialogs mit der nicht-kommunistischen Opposition zu überzeugen. Allerdings wollte der spanische Präsident diesem Rat nicht folgen.

39 Das Treffen zwischen Kissinger und Schmidt im Mai 1975 ist hierfür bezeichnend, weil damals die Haltung Schmidts zu Spanien klar wurde. Der Bundeskanzler billigte die von Gerald Ford nach Madrid vorgesehene Reise zum NATO-Gipfel nicht. Schmidt bat Kissinger, dass die USA Spanien nicht nur als einen geostrategischen Faktor ansehen sollten. Vgl. hierzu auch, Encarnación Lemus: Estados Unidos y la Transición Española. Entre la Revolución de los Claveles y la Marcha Verde. Madrid 2011, S. 36; Ortuño: Los socialis-

Gewalt in den letzten Monaten des Jahres 1975 ihre Unterstützung für Spanien intensivieren⁴⁰ und versuchte, die europäischen Länder davon zu überzeugen, dass Druck von außen in diesen so empfindlichen Momenten kontraproduktiv sei.⁴¹

Nach Francos Tod nutzte die Bundesrepublik das große Vertrauen, das sie sich in all den Jahren der Zusammenarbeit mit allen Kräften – vom Regime, über die gemäßigte Opposition bis hin zum König – erworben hatte und versuchte, einen Beitrag zur *transición* zu leisten. Bonn beobachtete die Situation in Spanien im Lichte der Ereignisse nach der portugiesischen Nelkenrevolution und auch mit der Befürchtung, dass das kommunistische Abdriften in Portugal auch auf Spanien übergreifen könnte. Aus diesem Grund verfolgte die Bundesregierung die Ereignisse in Spanien aus nächster Nähe und vermittelte gleichzeitig auf allen Ebenen (Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt, Botschaft, deutsche politische Parteien und politische Stiftungen), um einen geordneten Übergang zu erreichen. Damit entstand eine neue Funktion in den bilateralen Beziehungen beider Länder: Die Beraterrolle, die die Bundesrepublik während der ersten Übergangsregierungen ausübte und in der sie den Dialog mit den demokratischen politischen Gruppen förderte.⁴² Auf internationaler Ebene unterstützte Westdeutschland weiterhin den Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, machte diesen aber von notwendigen Schritten in Richtung Demokratie abhängig.⁴³

Trotz der anfänglichen Zweifel Bonns am Vermögen von Juan Carlos, die Gegner einer Demokratisierung zum Einlenken zu bewegen, wurde der König auch weiterhin unterstützt. Diese Rückendeckung begann mit der diplomatischen Aufwertung, die die Anwesenheit von Bundespräsident Walter Scheel bei der Krönung des Königs am 27. November 1975 bedeutete⁴⁴, an der die meisten europäischen Staatsoberhäupter nicht teilnahmen⁴⁵, bzw. mit einer erneuten Einladung zu einem weiteren offiziellen Besuch der Bundesrepub-

tas europeos, S. 204f.; Powell: *El amigo Americano*, S. 213f.; Helmut Schmidt: *Hombres y poder*. Barcelona 1989, S. 180f.

40 Im August und September verhandelten Kriegsgesichte gegen Mitglieder der ETA und der *Frente Revolucionario Antifascista y Patriota* (Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front, FRAP), als deren Ergebnis die letzten Hinrichtungen des Franquismus stattfanden. Diese Hinrichtungen führten zu einer Zunahme der Spannungen in Spanien und zu einer großen Protestwelle, die sich auch international ausweitete. Zur Eskalation der Gewalt Ende 1975, vgl. auch Marín/Ysás/Molinero: *Historia política*, S. 239–244.

41 Muñoz: *Europeizar es democratizar*, S. 115.

42 Niehus: *Außenpolitik im Wandel*, S. 478f.

43 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 279.

44 Teilnahme des Bundespräsidenten an der feierlichen Amtseinführung des spanischen Königs, in: *Bulletin*, Nr. 136, 27. November 1975.

45 Neben dem deutschen Bundespräsidenten waren der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing, Prinz Philip von Edinburgh und der Präsident Irlands, Cearbhall Ó Dálaigh, die einzigen bedeutenden europäischen Persönlichkeiten, die an der Zeremonie

lik im April 1977, das heißt, zwei Monate vor den ersten demokratischen Wahlen.⁴⁶

Helmut Schmidt besuchte Madrid Anfang 1977, fünf Monate nachdem Adolfo Suárez⁴⁷ zum Präsidenten der spanischen Regierung gewählt worden war. Trotz des Drängens des spanischen Präsidenten lehnte er es ab, diese Reise früher zu unternehmen. Das war eine sanfte Warnung an Suárez, die Reformen durchzuführen. Schmidt traf sich einzeln mit Felipe González, dem Führer der *Partido Socialista Obrero Español*⁴⁸, sowie mit Suárez und Juan Carlos⁴⁹. Dabei zeigte der Kanzler Wege für eine erfolgreiche Bewältigung der Wirtschaftskrise auf und stellte das Modell der deutschen Sozialpartnerschaft als ein Beispiel dar, dem Spanien folgen könne. Darüber hinaus zeigte er damals bereits seine Unterstützung für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens und beharrte gegenüber Suárez auf der Durchführung einer Gewerkschaftsreform mit verschiedenen gemäßigten Gewerkschaften, zu denen gute Kontakte bestanden. Dadurch würde die Regierung den großen Einfluss der Kommunisten in den Gewerkschaften begrenzen können.⁵⁰

Die Rolle der deutschen Akteure im spanischen Übergang

Nach fast vierzig Jahren Diktatur in Spanien waren die Beschränkungen und die Unreife der politischen Parteien ein großes Problem für das Erreichen der Demokratie. Einer der wenigen Versuche des Franco-Regimes zu einer Öffnung war das Gesetz über politische Vereinigungen (*Ley de Asociaciones*

teilnahmen. Todo a punto para las ceremonias de hoy, in: ABC, Madrid, 27. November 1975.

46 Bericht des Auswärtigen Amtes über die Reise des Königspaares in die Bundesrepublik Deutschland, 22. April 1977, in: Politisches Archiv – Auswärtiges Amt, Berlin (PA AA), Zwischenarchiv 110249.

47 Als der König Anfang Juli 1976 Adolfo Suárez (geb. 1932) zum Präsidenten der Regierung ernannte, war dieser sowohl für das spanische Volk als auch innerhalb der politischen Kreise ein unbekannter Politiker. Er hatte innerhalb der Strukturen des falangistischen Regimes verschiedene Ämter bekleidet: Er war Generaldirektor des spanischen Rundfunks und Fernsehens und bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten der Regierung Minister des Generalsekretariats der Bewegung. Er gehörte jedoch nicht zu den als Nachfolger von Arias Navarro vorgesehenen Politikern.

48 Der junge Rechtsanwalt Felipe González (geb. 1942) war 1974 auf dem Parteitag in Surresnes (Frankreich) zum Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) gewählt worden. Das war für die PSOE der Beginn eines neuen Kurses, der die überholte Handlungsweise der Exil-Parteiführung aufgab. Die SPD begann 1975 mit ihrer bedingungslosen Unterstützung für die PSOE, da die Ziele von González absolut mit denen der deutschen sozialdemokratischen Partei übereinstimmten.

49 Bundeskanzler Schmidt zu politischen Gesprächen in Madrid, in: dpa, 6. Januar 1977.

50 Georg von Lilienfeld, der deutsche Botschafter in Spanien an das Auswärtige Amt, 7. Januar 1977, in: PA AA, Zwischenarchiv 115896.

Políticas) von 1974⁵¹, durch das anstelle des Einparteiensystems der Diktatur ein Mehrparteiensystem geschaffen werden sollte. Auf Grund seiner massiven Einschränkungen scheiterte der Versuch und die meisten politischen Grüppchen blieben bis kurz vor den allgemeinen Wahlen von 1977 in der Illegalität. Allerdings breitete sich ab 1974 in der spanischen Politik eine Atmosphäre der Offenheit aus, die dazu führte, dass die verschiedenen deutschen Parteien und politischen Stiftungen damit begannen, sich unter den in Spanien entstehenden Verbänden und politischen Parteien für die ihnen ideologisch nahestehenden Gruppen zu interessieren. Dabei verfolgten sie die Absicht, die Entwicklung und Konsolidierung eines Parteiensystems zu fördern, ohne das der friedliche Übergang zur Demokratie nicht vonstatten gehen konnte. Aus Angst davor, dass in Spanien eine ähnliche Situation wie in Portugal nach der Nelkenrevolution entstehen könnte, war die Zusammenarbeit der deutschen politischen Akteure von entscheidender Bedeutung für die Schaffung einer politischen Klasse in Spanien, die in der Lage war, den Übergang zur Demokratie erfolgreich zu vollziehen.

Die SPD und die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die deutschen Sozialdemokraten, die bereits zu verschiedenen spanischen sozialistischen Gruppen Beziehungen unterhielten, verstärkten 1975 ihre Kontakte und beschlossen im April jenes Jahres endgültig, den *Partido Socialista Obrero Español* zu unterstützen. Die Führung dieser Partei war kurz zuvor erneuert und die überalterte und radikale Führung im Exil, die weiter an ihrer völligen Ablehnung des Franco-Regimes festhielt, durch eine junge und pragmatische Generation unter der Führung von Felipe González ausgetauscht worden. Ihre Ziele standen in vollem Einklang mit den Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten. Von entscheidender Bedeutung war die damals in der Führung der Sozialisten vorhandene Entschlossenheit, die Demokratie auf der Grundlage der Monarchie und ohne einen Bruch mit dem alten Regime zu errichten. Darüber hinaus trugen zwei weitere Faktoren zur Unterstützung durch die SPD bei: Die Verschärfung der Situation in Portugal durch den Vormarsch der Kommunisten in der dortigen Regierung und die Überzeugung, dass die angebliche Öffnung der letzten Regierung Francos lediglich eine Fata Morgana war. Die SPD wollte den spanischen Sozialisten bei der Einführung der Demokratie in Spanien helfen, so wie sie es auch in Portugal tat. Das höchste Ziel war es, inmitten des Kalten Krieges an der Entspannung festzuhalten. Während der letzten Jahre des Franco-Regimes war des *Partido Comunista de España* aufgrund der umfangreichen Unterstützung aus dem Ausland die am

51 Gesetzesverordnung 7/1974 vom 21. Dezember, in der der juristische Status der Rechte politischer Vereinigungen festgelegt wurde, in: BOE Nr. 306, 23. Dezember 1974.

besten organisierte Gruppierung. Aus diesem Grund entschieden sich die deutschen Sozialdemokraten dafür, die Organisation einer gemäßigten Linkspartei zu unterstützen, die in der Lage war, das in Spanien vorhandene sozialdemokratische Potenzial an sich zu binden.⁵²

Die deutschen Sozialdemokraten unterstützten die Schaffung regionaler Strukturen des *Partido Socialista Obrero Español* in Spanien und die Freilassung sozialistischer Mitglieder aus den Gefängnissen. Sie kümmerten sich ebenfalls um die Vermittlung sozialistischer Werte an die Parteikader. Darüber hinaus wurde durch die Förderung von Besuchen von Delegationen europäischer Sozialisten in Spanien sowie durch Reisen des Parteivorsitzenden innerhalb Europas, Felipe González auf europäischer und globaler Ebene bekannt gemacht. Einen großen Teil der Hilfe durch die SPD erhielt die Partei der spanischen Sozialisten durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Vertreter in Spanien, Dieter Koniecki⁵³, eröffnete Anfang 1976 das Madrider Büro und begann, die Hilfe für die PSOE und die ihr nahestehende Gewerkschaft, die *Unión General de Trabajadores* (UGT), zu organisieren. Um die Ausbreitung der Partei zu unterstützen, arbeitete die deutsche Stiftung an der Einrichtung von Büros in den 53 Provinzen Spaniens, an der Organisation von Konferenzen, Bildungsseminaren und Kursen im Ausland über die Durchführung von Wahlkämpfen mit, schuf Stipendien, gab Bücher und Informationsmaterial für neue Mitglieder heraus und unterstützte Forschungsprojekte spanischer Institutionen, die für die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei von Nutzen waren.⁵⁴

Mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten wurden die Ziele erreicht, die sich die Sozialisten um Felipe González für die Wahlen von 1977 gestellt hatten. Die Partei war zum Sammelbecken der nicht-kommunistischen Linken geworden und hatte sich gegenüber der Regierung als Machtalternative herausgebildet. Der *Partido Socialista Obrero Español* wurde mit großem Abstand vor den Kommunisten zur stärksten Kraft der spanischen Linken. Aber es fehlte immer noch eine starke Konsolidierung und die Expansion der Partei durch die Eingliederung anderer kleiner sozialistischer Gruppen, die Erweiterung ihrer sozialen Basis und die Ausbildung von Kadern. Dafür konnten sie auch weiterhin auf die Unterstützung der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung zählen.⁵⁵

52 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 183–195.

53 Dieter Koniecki war seit 1969 Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko, sprach perfekt Spanisch und hatte Erfahrungen bei der Unterstützung und Konsolidierung politischer und Gewerkschaftsorganisationen.

54 Muñoz: *Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die spanischen Sozialisten im Übergang zur Demokratie (1975–1977)*, in: Bertold Unfried/Eva Himmelstoss (Hg.): *Die eine Welt schaffen. Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und „Internationaler Entwicklung“*. Leipzig 2012, S. 139–155.

55 Muñoz: *El amigo alemán*. S. 389f.

Die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Wirken der politischen Vertreter der deutschen Christdemokratie bei den Übergangsprozessen auf der spanischen Halbinsel ist bis jetzt viel weniger untersucht worden als die Rolle der deutschen Sozialdemokraten. Im Unterschied zum Fall Portugals⁵⁶ gibt es kaum tiefere Analysen über die Beteiligung der CDU und der ihr nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung am spanischen Übergangsprozess. Es wurden durchaus Beziehungen zu den Persönlichkeiten und politischen Gruppen gepflegt, die möglicherweise nach dem Tod Francos den politischen Wandel in Richtung Demokratie anführen konnten. Konkret handelte es sich dabei bis zu den allgemeinen Wahlen von 1977 um christdemokratische Gruppen der Opposition und danach um die an der Regierung beteiligte Zentrumspartei, *Unión de Centro Democrático* (UCD).⁵⁷

Die Zersplitterung innerhalb der spanischen Christdemokraten war ein ernstes Problem. Es war dann die aus den *Nouvelles Equipes Internationales*⁵⁸ hervorgegangene Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), die die kleinen christdemokratischen Grüppchen in Spanien zwang, sich in einer einzigen Gruppe, dem *Equipo Demócrata Cristiano del Estado Español*, kurz *Equipo* genannt, zusammenzuschließen, um offiziell in Spanien als Partner anerkannt zu werden und ebenfalls in der europäischen Organisation vertreten zu sein.⁵⁹ Der 1965 gebildete *Equipo* bestand aus fünf spanischen christdemokratischen Gruppen, darunter zwei auf nationaler Ebene (*Izquierda Democrática* sowie *Democracia Social Cristiana*) und drei, die in den Regionen (*Partido Nacionalista Vasco*, *Unió Democrática de Catalunya* und *Unió Democrática del País Valencià*) präsent waren. Die von den Mitgliedsparteien der EUCD unternommenen Anstrengungen, aus dem *Equipo* das Potential für eine starke und konsolidierte politische Partei zu schaffen, scheiterten. Diese Vereinigung war sehr fragil, sie beruhte auf einem Minimalkonsens und machte schon bald die Brüche unter ihren Mitgliedern sichtbar, die durch die Ablehnung innerhalb des *Equipo* der von Katalanen und Basken gemachten föderalistischen Vorschläge sowie durch die Selbstdarstellung der Führer der landesweit agierenden Parteien *Democracia Social Cristiana* bzw. *Izquierda Democrática*,

56 Stenger: Transnationale Parteienzusammenarbeit.

57 Natalia Urigüen: Treinta años de política exterior alemana hacia España (1949–1979). Master-Abschlussarbeit, UNED, Madrid, September 2012.

58 Zu den *Nouvelles Equipes Internationales*, vgl. auch Winfried Becker: Die *Nouvelles Equipes Internationales* und der Föderalismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 81–102.

59 Donato Barba: La oposición durante el franquismo. La democracia cristiana. Madrid 2001, S. 129.

José María Gil Robles⁶⁰ und Joaquín Ruiz Giménez, bedingt waren.⁶¹ Die Aktivitäten des *Equipo* waren auf die gemeinsame Vertretung der spanischen Christdemokratie in den internationalen Institutionen und auf internationalen Treffen begrenzt, da es in Spanien selbst nur in sehr geringem Maße vertreten war.⁶²

Trotz der unübersichtlichen Situation im bürgerlichen Lager Spaniens hielt die CDU an der von der EUCD verfolgten Linie und ab 1975 am *Equipo* als offiziellem Partner fest. Das Verhältnis der deutschen Christdemokraten zu den ihnen nahestehenden Parteien in Spanien wurde vor allem durch die Konrad-Adenauer-Stiftung getragen. Obwohl die Stiftung ihr Büro in Spanien unter dem Leiter Manfred Huber am 10. Oktober 1976 eröffnete, hatte sie bereits seit Mitte 1975 damit begonnen, sich für die Situation in Spanien zu interessieren. Der Vorsitzende der Stiftung, Bruno Heck⁶³, legte die gesamte Verantwortung für das spanische Projekt in die Hände von Josef Thesing⁶⁴, einem der Verantwortlichen des Instituts für Internationale Solidarität⁶⁵. Heck konnte sich nicht

60 José María Gil Robles (1898–1980) führte gemeinsam mit Ruiz Giménez die christdemokratische Opposition während des Franquismus an. Seine politische Karriere begann jedoch schon viel früher. Er gehörte 1933 zu den Gründern der Spanischen Konföderation der Autonomen Rechten (CEDA) und war unmittelbar vor dem Beginn des Bürgerkrieges Mitglied der letzten Regierungen der II. Republik. Er war Monarchist bis er dann jedoch den Eindruck hatte, dass Don Juan sich zu Beginn der 1960er Jahre zu sehr an das Franco-Regime angenähert hatte, insbesondere nach dem sogenannten Münchner Schandtreffen. Von da an erklärte seine Partei und er sich als Accidentalisten, was dazu führte, dass einige seiner Anhänger, wie Fernando Álvarez de Miranda, die Partei verließen. Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio al consenso*. Barcelona 1985, S. 45–49.

61 UEDC/EUCD, Procès-verbal de la reunión du bureau, Rom, 17. Dezember 1966, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 09-004-030 (Bestand Europäische Union Christlicher Demokraten).

62 Barba: *La oposición durante el franquismo*, S. 215.

63 Bruno Heck (1917–1989), deutscher christdemokratischer Politiker, war Minister für Familie und Jugend (1962–1968), Generalsekretär der CDU (1967–1971) und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (1968–1989).

64 Josef Thesing (geb. 1937) war zwischen 1966 und 1974 der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala und Kolumbien. Nach seiner Rückkehr war er bis 2002 in der Zentrale der Stiftung für die internationale Arbeit zuständig, zu der auch die Projekte in Portugal und Spanien gehörten. Im Januar 1978 wurde er zum Leiter des Instituts für internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ernannt.

65 Parallel zu der Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik erfolgten Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gründete die Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli 1962 ihr eigenes Institut für Internationale Solidarität. Die Stiftung kanalisiert über dieses Institut die vom Ministerium erhaltene Hilfe und entwickelt Kontakte zu christdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Einrichtungen in den Entwicklungsländern. Der Grundgedanke ist dabei die Unterstützung von Bedürftigen auf der Grundlage eines christlichen Verständnisses von Menschenrechten, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Über die vom Institut für Internationale Solidarität geleistete Arbeit, vgl. auch Josef Thesing: *Die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Welt. Der Beginn der Arbeit des Instituts für Internationale Solidarität,*

vorstellen, dass es für die Demokratisierung in Spanien absolut notwendig war, mit Personen zusammenzuarbeiten, die nicht zur Umgebung Francos gehörten. Davon war Thesing allerdings überzeugt, weshalb ihm der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung sein Vertrauen aussprach und ihm die Verantwortung für das spanische Projekt übertrug. Zudem hatte Thesing den Vorteil, dass er sich bereits als Vertreter der Stiftung in Guatemala und Kolumbien mit der spanischsprachigen Welt vertraut gemacht hatte. Die Stiftung verfolgte in Spanien im Wesentlichen zwei Interessen: Die Förderung der Demokratisierung des Landes durch demokratische Kräfte Spaniens, um so einen Fortbestand des Franquismus ohne Franco zu verhindern, sowie die Unterstützung des Beitritts Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.⁶⁶

Im September 1975 unternahm Josef Thesing seine erste Reise als Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Spanien. Vor dieser Reise hatte es bereits im Juni 1975 in Bonn ein Treffen mit einem Mitglied der *Izquierda Democrática* gegeben, bei dem ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die Parteien des *Equipo* und die Stiftung aufgestellt worden war.⁶⁷

Die Reise von Thesing diente zwei Zielen: endgültig mit den spanischen christdemokratischen Gruppen die Möglichkeit einer konkreten Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und ihnen zu vereinbaren sowie ein gemeinsames Arbeitsprojekt vorzubereiten. An drei Tagen traf er mit mehreren Mitgliedern der *Izquierda Democrática* und der *Federación Popular Democrática* (vormals *Democracia Social Cristiana*), die ebenfalls die Gruppen aus den Regionen vertraten, zusammen. Die von Thesing mit den Mitgliedern der spanischen Christdemokratie geführten Gespräche trugen ihre Früchte, denn hier begann die konkrete Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Schaffung einer christdemokratischen Partei mit föderalem Charakter.⁶⁸

Die deutsche christdemokratische Stiftung begann über das im September 1975 innerhalb der Universitätsstiftung San Pablo gegründete Institut für sozialpolitische Forschungen (INDESP), das als Zentrum für politische Bildung für den *Equipo* konzipiert war, bei der Organisation von Veranstaltungen zur politischen Bildung mitzuarbeiten. Darüber hinaus organisierte die Konrad-

in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 305–318.; Ders. (Hg.): In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte. Sankt Augustin 2002.

66 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.

67 Bericht von Josef Thesing übers seine Reise nach Madrid vom 7.–10. September 1975, Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., in: ACDP 12-001-1261 (Bestand Konrad-Adenauer-Stiftung).

68 Ebd.

Adenauer-Stiftung in ihrer Akademie in Eichholz auch Seminare und Konferenzen für die Mitglieder der verschiedenen Parteien des *Equipo*.⁶⁹

Die Stiftung beauftragte Ende 1976 das Unternehmen DATA mit der Durchführung einer sehr umfangreichen öffentlichen Meinungsumfrage über die damalige politische Situation in Spanien und die Wahlabsicht der Befragten.⁷⁰ Eines der größten Probleme waren fehlende Kenntnisse des *Equipo* über das politische Verhalten der Spanier. Deswegen mussten die fünf christdemokratischen Parteien vor den Wahlen im Juni für die Bedürfnisse und Wünsche der spanischen Gesellschaft sensibilisiert werden. Die Ergebnisse der auf 8.837 Befragungen basierenden Umfrage wurden im Januar 1977 vorgestellt: Die meisten Spanier wollten die Demokratie, lehnten aber jede radikale Politik und jede Form von revolutionären Experimenten ab. Die Franco-Ära war vorüber, aber die Menschen schätzten generell die Vorteile des erfolgten wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Besonders der starke Mittelstand, der den größten Nutzen von der sich auf allen Ebenen vollzogenen wirtschaftlichen Entwicklung hatte, wollte keinerlei politisches Risiko eingehen. Neue Gesichter, wie das von Adolfo Suárez, prägten einen neuen politischen Stil, mit dem sich viele Spanier identifizierten. In Anbetracht dieser Voraussetzungen war man zu dem Schluss gelangt, dass nur eine Partei der Mitte in der Lage wäre, die ersten demokratischen Wahlen zu gewinnen. Aber auch trotz dieser so relevanten Daten und der auf allen Ebenen unternommenen großen Anstrengungen war die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht in der Lage, Gil Robles und Ruiz Giménez von der Notwendigkeit zu überzeugen, den *Equipo* in eine große Partei der Mitte zu integrieren. Grundsätzlich war es Gil Robles, der nicht mit Politikern zusammen gehen wollte, die irgendetwas mit dem Franco-Regime zu tun gehabt hatten. Die übrigen, die Regionen vertretenden Mitglieder des *Equipo* waren nicht stark genug, die beiden erstgenannten Politiker umzustimmen.⁷¹

Die *Izquierda Democrática* und die *Federación Popular Democrática* schlossen sich im Frühjahr 1977 zur *Federación de la Democracia Cristiana* zusammen und traten gemeinsam zu den allgemeinen Wahlen im Juni an. Das Ergebnis war katastrophal. Mit nur 1,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte man keine parlamentarische Vertretung.⁷²

Im Unterschied zu Portugal – wo die deutsche Christdemokratie ernsthafte Probleme hatte, einen ideologisch gleichgesinnten Partner zu finden, weil

69 Persönlicher Bericht von Josef Thesing an Bruno Heck vom 21. Juni 1976, in: ACDP 12-001-1261.

70 Vertraulicher Bericht von Josef Thesing für Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (1973–1998), über die politische Entwicklung in Spanien, 10. Mai 1977, in: Privatarchiv Dr. Josef Thesing.

71 Ebd.

72 Bericht von Josef Thesing: Die Wahlen in Spanien, in: IIS-Info Auslandsinformationen, 4. Juli 1977.

während der Zeit der Nelkenrevolution keine Partei aus Portugal in der EUCD vertreten war – waren in Spanien die Christdemokraten vom Beginn der *transición* an klar ausgemacht.⁷³ Das Scheitern bei den ersten demokratischen Wahlen lag vor allem an dem Unvermögen der Führer der *Federación de la Democracia Cristiana*, die nicht den entsprechenden Weitblick hatten zu verstehen, was das spanische Volk nach vierzig Jahren Diktatur wirklich wollte und brauchte, und die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte seit Anfang 1977 und mit den Umfrageergebnissen in der Hand den Christdemokraten nachdrücklich ihre Einbindung in eine Organisation der Mitte empfohlen. Die Stiftung hatte also eine gute Analyse der Situation in Spanien erstellt. Tatsächlich gab es unter den gewohnheitsmäßigen Partnern eine von Fernando Álvarez de Miranda angeführte Gruppe⁷⁴, die sich im Frühjahr 1976 von der *Izquierda Democrática* abgespalten und den *Partido Demócrata Cristiano* gegründet hatte. Diese Gruppe nahm die Ratschläge der Stiftung.⁷⁵ Die Partei von Álvarez de Miranda trat der *Unión de Centro Democrático* bei, einem sehr heterogenen Konglomerat von 15 Parteien, zu der politische Gruppierungen von der Sozialdemokratie über die Liberalen bis zu den Christdemokraten gehörten und die wenige Monate vor den allgemeinen Wahlen gegründet worden war. Die *Unión de Centro Democrático*, eine nur drei Monate alte Partei der Mitte⁷⁶, gewann die ersten demokratischen Wahlen und erzielte 166 Mandate. Der *Partido Demócrata Cristiano* von Álvarez de Miranda erreichte 34 Sitze im Abgeordnetenhaus.⁷⁷ Kann man dann wirklich von einem Scheitern der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung während der *transición* in Spanien sprechen?

Nach den historischen allgemeinen Wahlen vom Juni 1977, die mit der Niederlage von Gil Robles und Ruiz Giménez endeten, beschloss die Konrad-Adenauer-Stiftung, ihre Unterstützung auf die *Unión de Centro Democrático*

73 Urigüen: Treinta años de política exterior alemana hacia España, S. 88.

74 Fernando Álvarez de Miranda (geb. 1924) spanischer christdemokratischer Politiker, der bis 1964 der Gruppe von Gil Robles und anschließend bis 1976 der *Izquierda Democrática* angehörte. Anschließend wurde der Beitritt der Partei in die *Coordinación Democrática* beschlossen. Diese Organisation forderte von der Regierung eine Reihe demokratischer Maßnahmen. Zu ihr hatten verschiedene Parteien gehört, darunter auch die Kommunistische Partei. Deswegen kam es zur Abspaltung einer Gruppe von Politikern unter der Führung von Álvarez de Miranda, die den *Partido Demócrata Cristiano* gründete. Siehe auch Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio al consenso*. Barcelona 1985.

75 Fernando Álvarez de Miranda erkannte in einem Interview mit der Autorin am 14. Februar 2013 dankbar die große Unterstützung an, die die Konrad-Adenauer-Stiftung und die CDU während der Übergangszeit leisteten.

76 Hier ist zu berücksichtigen, dass der *Partido Socialista Obrero Español*, der bei den Wahlen als zweitstärkste politische Kraft hervorging, praktisch bereits seit 100 Jahren existierte.

77 Bericht von Josef Thesing: „Die Wahlen in Spanien“, in: IIS-Info Auslandsinformationen, 4. Juli 1977.

zu konzentrieren und so zu versuchen, deren christdemokratischen Teil zu fördern und dessen Stärkung zu unterstützen.⁷⁸ Der Beitrag der deutschen Christdemokratie nahm Anfang Oktober 1977, wenige Monate nach den Wahlen, konkrete Gestalt an, als für 40 Führungskräfte der *Unión de Centro Democrático* – unabhängig von deren politischen Ideologien – ein Seminar organisiert wurde.⁷⁹ Zum Jahresende half die Stiftung den Christdemokraten Íñigo Cavero, Oscar Alzaga und Fernando Álvarez de Miranda bei der Gründung der *Fundación Humanismo y Democracia*, die für die politische Bildung der Mitglieder der *Unión de Centro Democrático* und damit für die Verbreitung der christlich-demokratische Ideologie innerhalb der Partei vorgesehen war.⁸⁰ Die Konrad-Adenauer-Stiftung stand auch in Kontakt mit den wichtigsten Autoren der Verfassung von 1978, die in vielen Aspekten auf dem deutschen Grundgesetz von 1949 beruht. Mehrere Mitglieder des Verfassungsausschusses des Parlaments reisten nach Bonn zum Sitz der Stiftung, wo Begegnungen mit deutschen Professoren für Verfassungsrecht organisiert wurden.⁸¹

Darüber hinaus lud die Stiftung führende Intellektuelle, Politiker und Journalisten zu Reisen in die Bundesrepublik ein. Dies erfolgte weitgehend aus psychologischen Gründen und mit der Absicht, das Gefühl der Isolierung aus dem Bewusstsein der Spanier zu löschen und ihnen die in Deutschland herrschende plurale Demokratie zu zeigen. Deswegen gehörten zum Kreis der Gäste nicht nur Menschen mit christdemokratischer Weltanschauung.⁸² Gleichzeitig unternahm die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende der 1970er Jahre große Anstrengungen, um die spanischen Politiker von der Notwendigkeit des Beitritt Spaniens zur NATO zu überzeugen, da man zu diesem Zeitpunkt noch die spanischen Vorbehalte gegenüber dem Atlantischen Bündnis bekämpfen musste.⁸³

Die *Unión de Centro Democrático* besaß bis zu ihrer Auflösung im Februar 1983 die kontinuierliche Unterstützung der CDU. Es ging vorrangig darum, die christdemokratischen Kräfte innerhalb der Union zu stärken, um schließlich die *Unión de Centro Democrático* in die Europäische Volkspartei (EVP)

78 Schreiben von Dr. Henning Wegener, Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der CDU an Dr. Karl Carstens, Präsident des Bundestages, 11. November 1977, in: ACPD 07-001-16009 (Bestand CDU-Bundespartei).

79 Bericht der Abteilung für Internationale Beziehungen der CDU an Dr. Helmut Kohl: Präsidiumssitzung vom 17. Oktober 1977; Schwerpunkte und Probleme der internationalen Arbeit der CDU, 12. Oktober 1977, in: ACDP 07-001-16026.

80 Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio*, S. 142.

81 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.

82 Als Beispiel für die Vielfalt der eingeladenen Gäste soll hier der Rundfunk- und TV-Moderator Manuel Torre Iglesias angeführt werden, der die Bundesrepublik im Juni 1978 besuchte. Vgl. auch das Schreiben von Manfred Huber an Josef Thesing vom 17. April 1978, in: ACDP 12-001-1191.

83 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.

integrieren zu können, die aus der EUCD hervorgegangen war. Dies war jedoch wegen des Scheiterns des Projektes der *Unión de Centro Democrático* nicht möglich⁸⁴. Schließlich wurden dann in den späten 1980er Jahren die von Manuel Fraga Iribarne⁸⁵ geführte *Alianza Popular* (und anschließend der *Partido Popular*) Partner der CDU in Spanien.

Die CSU und die Hanns-Seidel-Stiftung

Ende 1975 gab es mit der *Unión Democrática Española* noch eine weitere politische Kraft, die sich als christdemokratisch betrachtete und die im Rahmen des Gesetzes über politische Vereinigungen vom Dezember 1974 gegründet worden war. Ihr Vorsitzender, Federico Silva Muñoz⁸⁶, war während des Franquismus Minister für öffentliches Bauwesen. Seine Partei war für eine Zusammenarbeit mit den oppositionellen Christdemokraten, das heißt, mit den beiden national agierenden *Izquierda Democrática* und *Federación Popular Democrática*. Da zu den Zielen der Partei die Umsetzung einer zentral gesteuerten Politik gehörte, war eine Zusammenarbeit mit den baskischen und katalanischen Parteien nicht vorgesehen. Jedoch waren keiner der im *Equipo* vertretenen Führer und auch nicht die zur EUCD gehörenden Parteien zur Kooperation mit einer Partei bereit, deren Vorsitzender mit dem Franco-Regime zusammengearbeitet hatte.⁸⁷

Die *Unión Democrática Española* unterhielt enge Beziehungen zu den Christdemokraten der bayerischen CSU, was in großem Maße an der langjährigen Freundschaft zwischen Silva Muñoz und Franz Josef Strauß lag. Sie hatten sich kennengelernt im Rahmen der *Centro Europeo de Documentación e*

84 Carlos Huneeus: *La Unión de Centro Democrático y la transición a la democracia en España*. Madrid 1985.

85 Manuel Fraga Iribarne (1922–2012) war Minister für Information und Tourismus (1962–1969), Botschafter Spaniens in London (1973–1975) und nach Francos Tod zweiter Vizepräsident der Regierung und Innenminister (Dezember 1975–Juli 1976). Er betrachtete sich als Demokrat und Vertreter des Zentrums. Zu Fraga und *Alianza Popular* vgl. auch Rogelio Baon: *Historia del Partido Popular. Del franquismo a la refundación*. Madrid 2001; José María Bernaldez: *El patrón de la derecha*. Barcelona 1985 (Biografie Fragas); Manuel Penella: *Los orígenes y la evolución del Partido Popular. Una historia de AP*. Salamanca 2005.

86 Federico Silva Muñoz (1923–1997) spanischer Politiker, der unter dem Franco-Regime Minister für öffentliches Bauwesen (1965–1970) war. Silva akzeptierte die Restriktionen des im Dezember 1974 erlassenen Gesetzes über politische Vereinigungen und gründete die Vereinigung *Unión Democrática Española* (UDE), die die christdemokratische Ideologie vertrat. Die UDE wurde jedoch immer von den Führern des *Equipo* abgelehnt, weil sie die Führung der UDE als Kollaborateure des Franco-Regimes ansahen. Vgl. auch Federico Silva: *Memorias políticas*. Barcelona 1993.

87 Bericht von Klaus Weigelt, Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Venezuela von 1975–1981, nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Spanien (6. April 1975–6. Juli 1975), in: ACDP 12-001-1261.

Información (CEDI), einer Organisation, die weltanschaulich in der Nähe der „Abendländischen Aktion“ angesiedelt war. Im Dezember 1975 zog die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung die Durchführung von politischen Programmen für die spanische Organisation in Betracht, die parallel zu den von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit den Mitgliedern des *Equipo* vorbereiteten Programmen stattfinden sollten.⁸⁸

Die Hanns-Seidel-Stiftung eröffnete 1977 das Büro ihrer Vertretung in Spanien und arbeitete über die konservative Stiftung *Cánovas del Castillo* an der Schaffung des neuen politischen Spektrums mit. Bei den Wahlen 1977 unterstützte sie die *Alianza Popular*, die 1976 vom ehemaligen Innenminister Manuel Fraga Iribarne gegründet worden war und der sieben politische Gruppierungen (darunter die Partei von Silva Muñoz) angehörten⁸⁹, deren Führer mehrheitlich bekannte Minister Francos gewesen waren⁹⁰. Fraga, der sich bis dahin als Vertreter des Zentrums erklärt hatte, machte eine Rechtswende und vereinte die Kräfte, die sich am entschiedensten gegen den Wandel aussprachen, in einer einzigen Partei, um sie so kontrollieren und aus ihnen eine „zivilisierte Rechte“ machen zu können. Die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützte die Gründung des *Instituto de Estudios Sociales* (IESO), dem Zentrum für politische Bildung der *Alianza Popular*, in dem Begegnungen mit Journalisten, Frauenseminare und verschiedene praktische Kurse für Sympathisanten der Partei organisiert wurden.⁹¹

Die Hanns-Seidel-Stiftung hielt trotz der schlechten Wahlergebnisse der *Alianza Popular* in den Jahren 1977 und 1979⁹² auch in den folgenden Jahren an ihrer Unterstützung fest. Viele der organisierten Seminare hatten das Ziel, die *Unión de Centro Democrático* zu spalten, um von hier sowohl Stimmen als auch Mitglieder für die *Alianza Popular* abzuziehen⁹³.

88 Bericht von Dr. Heinrich Böx über eine in Spanien vom 8.–10. Dezember 1975 durchgeführte Umfrage über die politische Situation, in: ACDP 12-001-1261.

89 Die spanische Rechte bildet eine „Volksallianz“, in: FAZ, 11. Oktober 1976.

90 Die in der *Alianza Popular* zusammengeschlossenen Parteien waren: *Reforma Democrática* (angeführt von Manuel Fraga), *Unión del Pueblo Español* (Cruz Martínez Esteruelas), *Democracia Social* (Licinio de la Fuente), *Acción Regional* (Laureano López Rodó), *Unión Social Popular* (Enrique Thomas de Carranza), *Unión Nacional Española* (Gonzalo Fernández de la Mora) und *Acción Democrática Española* (früher *Unión Democrática Española* unter Führung von Federico Silva Muñoz).

91 Stiftungen im Dienst der Politik. Am Beispiel Spanien, in: Bayerischer Rundfunk, 12. Juli 1977.

92 Die *Alianza Popular* erreichte bei den Wahlen 1977 nur 8 Prozent der Stimmen und 16 Mandate. Bei den allgemeinen Wahlen 1979 verringerte sich der Prozentsatz der für sie abgegebenen Stimmen auf 6 Prozent und sie war im Kongress mit neun Abgeordneten vertreten.

93 Niehus: Außenpolitik im Wandel. S. 521.

Die FDP und die Friedrich-Naumann-Stiftung

Nach den Worten ihres Vertreters in Madrid, Fritz E. Steinberg, gab es für die Friedrich-Naumann-Stiftung in Bezug auf das Ziel der Gründung einer liberalen Partei im spanischen Übergang wenig zu feiern. Allerdings muss man hier unbedingt den Ausgangspunkt berücksichtigen. Es war praktisch unmöglich, in Spanien eine Partei mit einer liberalen Ideologie zu gründen, weil der Liberalismus seit Beginn des 20. Jahrhunderts negativ behaftet war und sich der Franquismus sehr bemüht hatte, den Liberalismus zu diskreditieren. Dessen ungeachtet gab es in Spanien eine Vielzahl von liberalen Organisationen, Klubs und Gruppen.

Ein Experte für politische Analysen der deutschen Botschaft hatte Ende 1975 die FDP-Führung in Bonn darüber informiert, dass sich mehrere Spanier an die Botschaft gewandt und ihr Interesse für liberale Politik bekundet hatten. Nachdem einige Repräsentanten der spanischen liberalen Gruppen nach Bonn gereist und sich mit Mitgliedern der Friedrich-Naumann-Stiftung getroffen hatten, traf diese die Entscheidung, im Juli 1976 ein Büro in Madrid zu eröffnen. Es gab allerdings schon seit der Zeit kurz vor Francos Tod Kontakte im Rahmen der internationalen liberalen Organisationen zwischen den deutschen und spanischen Liberalen.

Steinberg traf auf ein breites Spektrum kleiner Gruppen, von denen die meisten nicht bereit war, miteinander zu kooperieren. Der wichtigste Kontakt der Friedrich-Naumann-Stiftung war die liberale Gruppe des Politikers Joaquín Garrigues Walker, wobei aber auch andere Gruppen wie die Regionalisten der *Esquerra Republicana de Catalunya* oder der *Esquerra Democrática de Catalunya* unterstützt wurden. Konkret wurden diese beiden katalanischen Parteien durch die Fürsprache der deutschen Liberalen Partei in die Liberale Internationale aufgenommen.⁹⁴ 1976 organisierte die Stiftung zehn Seminare, zwei in der Bundesrepublik und die übrigen in Madrid, Barcelona und Bilbao. Die ersten Berichte von Steinberg spiegelten die wahrscheinlich auch von seinen Kollegen der christdemokratischen Stiftungen ähnlich geteilte Sorge über das fehlen von Organisationsstrukturen bei den liberalen Gruppen und ihre Weigerung, sich in einer einzigen Partei zusammenzuschließen wider. Ein weiteres Problem, auf das der Vertreter der Stiftung stieß, war der spanische Kulturschock angesichts der Verwaltungsverfahren des deutschen Systems: Verzögerungen, schlecht ausgefertigte Quittungen oder Rechnungen, die nicht den buchhalterischen Normen entsprachen, behinderten die Zusammenarbeit.⁹⁵

94 Brüssel: *La Internacional Liberal ratifica su deseo de democratización para España*, in: *La Vanguardia*, 2. Oktober 1976; *Los liberales deberán prestar una ayuda especial a España*, in: *Bruselas Ya*, 3. Oktober 1976.

95 Sebastian Borger: *Germany's party political foundations in Spain: a case-study of quasi-official foreign policy*. London 1998 (unveröffentlicht), S. 21.

Die meisten spanischen Partner der Stiftung beschlossen vor den Wahlen von 1977, sich der *Unión de Centro Democrático* anzuschließen. Diese Entscheidung beruhte, da es in Spanien keine richtig konsolidierte liberale Partei gab, auf einer Empfehlung des deutschen Außenministers, Hans-Dietrich Genscher. Der frühe Tod von Joaquín Garrigues im Jahr 1980 und die Auflösung der *Unión de Centro Democrático* bedeuteten das vorläufige Ende des Einflusses der deutschen liberalen Stiftung in Spanien. Trotzdem, durch ihre Unterstützung für die regionalen Parteien, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung dabei mitgeholfen, das föderale System der deutschen Verwaltung auf die regionale Ebene zu exportieren.⁹⁶

Schlussbemerkungen

Die Analyse der Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Spanien in den ersten dreißig Jahren ihres Bestehens erlaubt drei grundlegende Schlussfolgerungen: Erstens bestand die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Es ging um die Anpassung der Außenpolitik einer neuen Demokratie mit einer Diktatur, wobei allerdings erschwerend dazukam, dass diese neue Republik auf den Ruinen des Regimes errichtet wurde, dessen enger Verbündeter die Franco-Diktatur war. Dass diese Beziehungen darüber hinaus in den allgemeinen Kontext des Kalten Krieges, des nach dem Krieg einsetzenden Wiederaufbaus sowie der Gestaltung des europäischen Projektes eingebettet waren, stellte einen besonderen Anreiz zur Überwindung der ideologischen Differenzen dar.

Die zweite Schlussfolgerung beruht auf der positiven Entwicklung der spanisch-deutschen bilateralen Beziehungen in den ersten 25 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik. Dies war entscheidend dafür, dass die Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre zu einer großen Hilfe für Spanien wurde, als das Land seine ersten demokratischen Schritte machte. In den 1950er Jahren spielte Spanien eine untergeordnete Rolle in der Außenpolitik der Bundesrepublik, da es in der Nachkriegszeit dringendere Prioritäten gab, obwohl in diesem Jahrzehnt die Grundlagen für die Freundschaft zwischen den beiden Ländern wieder hergestellt wurden. Die Beziehungen intensivierten sich in den 1960er Jahren, als die Bundesrepublik endgültig eine bedeutende Wirtschaftsmacht war und Spanien begann, von den Vorteilen der Überwindung der Autarkiepolitik zu profitieren und einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Die Bonner Regierung hat Spanien und dessen Aufnahmeantrag in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft jederzeit unterstützt, da man entsprechend der Westpolitik, an der in den 1970er Jahren eisern festgehalten wurde, in der Hinwendung Spaniens zu Europa die Lösung für die Demokratisierung des Landes

⁹⁶ Ebd., S. 22.

nach Francos Tod sah. In diesem Zusammenhang hatten im Gegensatz zu anderen europäischen Parteien sowohl die CDU wie auch die SPD vollkommen verstanden, dass die Isolierung des Franco-Regimes in Europa nicht sinnvoll war und letztlich die Entstehung von linken und rechten Extremen begünstigen könnte.

Bei der dritten Schlussfolgerung muss man sich das „halbstaatliche“ Handeln der deutschen politischen Stiftungen vergegenwärtigen. Während des gesamten Übergangsprozesses zur Demokratie haben die deutschen politischen Stiftungen eine grundlegende Rolle gespielt, die von der Geschichtsschreibung als sehr positiv und als ein erfolgreiches Beispiel für die internationale Arbeit dieser politischen Akteure bewertet wird. Im Falle Spaniens beruhten die von den Stiftungen unternommenen Anstrengungen nicht auf einem vorgefassten Plan für die Demokratisierung des Landes. Ihre Tätigkeit zielte vielmehr darauf, in einem entscheidenden Augenblick der *transición* mit politischem Fingerspitzengefühl eine Reihe konkreter Aktionen durchzuführen, um das Wirken der politischen Parteien zu erleichtern. Allerdings ist das Ausmaß der von diesen Akteuren für die Schaffung einer realen politischen Alternative nach vierzig Jahren Franco-Diktatur – außer im Fall der deutschen Sozialdemokraten und der PSOE – noch nicht ausreichend erforscht und bewertet worden.



Abbildung 1: Bundeskanzler Kiesinger und Francisco Franco bei der ersten offiziellen Reise eines bundesdeutschen Regierungschefs nach Spanien Ende Oktober 1968, picture alliance/Europa Press.



Abbildung 2: Bundespräsident Gustav Heinemann empfängt Prinz Juan Carlos im September 1972 bei dessen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, Bundesregierung/ Ulrich Wienke.



Abbildung 3: Spanische Christliche Demokraten zu Besuch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Ende der 1970er Jahre. Neben den Vertretern der KAS, Bruno Heck und Josef Thesing, u. a. Javier Tusell, José Luis Álvarez, Javier Rupérez, José María Álvarez del Manzano, José Manuel García Margallo (seit 2011 spanischer Außenminister) und José Ignacio Wert (seit 2011 spanischer Bildungsminister), Harald Odehnal/KAS-ACDP.